



30.08.2015 – Königs Wusterhausen

Kreisvereinigung des VVN-BdA im LDS und Bündnis gegen Rechts

Die Kreisvereinigung des VVN-BdA im LDS (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und das Bündnis gegen Rechts luden aus Anlass des „Tages der Erinnerung und Mahnung“ und des „Antikriegstages“ am 30.08.2015 zu einer Veranstaltung in Königs Wusterhausen ein.

Sie steht unter dem Motto: „Frieden schaffen und Asyl gewähren!“ und wird auf dem Platz vor dem VdN-Denkmal in der Gerichtsstraße (zwischen Schlosspark und Schlossplatz) in Königs Wusterhausen stattfinden.

Mathias Tretschog – Rede von Zu Gast in KW

Es ist nicht unser Land oder unsere Stadt in der wir hier leben. Es ist auch nicht deren Land oder deren Stadt, von all den Zuwanderern – ob aus Europa, Australien, Asien, Amerika und Afrika – die aus welchen Gründen auch immer, hier her gekommen sind und noch kommen werden - es ist auch nicht deren Land. Wir sind alle nur altersbedingt Zu Gast auf diesem Globus, wir sind alle nur Zu Gast in Königs Wusterhausen!

Mein Name ist Mathias Tretschog von der Initiative Zu Gast in KW und ich danke sehr herzlich den Organisatoren dieser Veranstaltung und allen Gästen, die der Einladung von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten im Landkreis Dahme-Spreewald“ und dem „Bündnis gegen Rechts“ heute gefolgt sind!

„Zu Gast in KW“ ist eine Initiative die Auffordert Willkommenskultur tagtäglich zu leben! Eine Initiative, die alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft und ihrer Ziele, unabhängig ihrer Hautfarbe, Geschlecht, persönlichen Neigungen und Möglichkeiten ermuntert sich zu engagieren - das was einmal in Deutschland geschah nicht zu vergessen, in Gedenken daran das Heute zu gestalten und unsere Gesellschaft für zukünftige Generationen so vorzubereiten, das alle Menschen – egal wo her sie kommen, friedlich und gemeinsam miteinander ein erfüllendes Leben leben können.

Deutschland allein hat heute 80 Mio. Einwohner. Im Vergleich dazu sind laut UNHCR heute weit mehr als 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, 60 Millionen Menschen die ihre Dörfer, ihre Gemeinden, ihre Städte, ihre Länder auf Grund von Vertreibung, politischer Verfolgung, Folter, Vergewaltigung, Krieg, Genozit, anhaltende Krisen, Naturkatastrophen und einer verfehlten Entwicklungshilfepolitik des s.g. Abendlandes – die allesamt Ursachen für bittere Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit sind, verlassen – Tendenz steigend!

Jean Ziegler, einer der bekanntesten Globalisierungskritiker weltweit, schreibt in seinem Buch 2012, „Wir lassen sie verhungern“, das alle 5 Sekunden ein Kind unter 10 Jahren verhungert, obwohl die globale Landwirtschaft problemlos die doppelte Anzahl von Menschen - die derzeit auf unserem Planeten wohnen, ernähren könnte.



"... Nach weit verbreiteter Meinung gewährt der Westen extrem großzügige Hilfen für Entwicklungsländer und besonders für Afrika. Wir gehen jedoch davon aus, dass 10mal mehr Geld von den Ländern abfließt, als sie Entwicklungshilfe bekommen. ..." Zitat von Raymond Baker, Leiter Global Financial Integrity, aus der Dokumentation 2012 "Afrika – der Ausgeraubte Kontinent".

Aber stimmt das mit den großzügigen Hilfen für Entwicklungsländer überhaupt?

Jean Feyder, u. a. ständiger Vertreter Luxemburgs bei der WTO gewesen, schreibt 2014 in seinem Buch „Mordshunger – Wer profitiert vom Elend der armen Länder?": Im Jahr 2013 wurden durch die EU-Länder 56 Milliarden EUR an Entwicklungsgeldern zusammen getragen, was einem Anteil von 0,43 % am gesamten EU-Bruttonationaleinkommen entspricht. Im Jahr 2005 und die Jahre danach jedoch, wurde ein Anteil von mindestens 0,7 % des BNE aller EU-Staaten vereinbart. Nur vier von 28 EU-Ländern halten die selbstauferlegte Zielvorgaben ein, alle anderen Länder verfehlen ihre Selbstverpflichtung drastisch, Deutschland investiert sogar nur knapp die Hälfte von 0,38 % seines BNE in die Entwicklungshilfe. Das sind ca. 5 Mrd. EUR jährlich, die allein aus Deutschland nicht in das selbstgestellte Entwicklungshilfebudget der EU einfließen und den ärmsten Länder dieser Welt vorenthalten werden.

Zur Erinnerung, die aktuelle Bundesregierung wird dieses Jahr ca. 1 Mrd. EUR ausgeben um die dramatische Flüchtlingssituation hier in Deutschland zu bewältigen.

Wenn u. a. der Ministerpräsident vom Land Brandenburg Dietmar Woiwke, gestern in der Presse äußert, das in Deutschland dieses Jahr schätzungsweise 1. Mio. Flüchtlinge aufgenommen werden müssen, dann mag das zunächst ziemlich viel klingen. Zum Vergleich, die Türkei mit seinen 73 Mio. Einwohnern und nur etwa 1/5 an Wirtschaftskraft gegenüber Deutschland, werden Ende 2015 mehr als 2 Mio. Flüchtlinge aufnehmen und das weltweit führende Land sein, das Asylbewerber aufnehmen wird.

Die kontinuierlich steigenden Flüchtlingszahlen werden auch unsere Städte und Gemeinden im Landkreis Dahme-Spreewald bewältigen müssen. Waren für den LDS zu Anfang diesen Jahres ca. 570 Flüchtlinge prognostiziert, so erhöhten sich die Anforderungen für die Unterbringung von Asylbewerbern bereits im Mai auf 964 Personen – aktuell werden jedoch bis zum Ende des Jahres ca. 1.660 Flüchtlinge in unserem Landkreis erwartet. Und diese Situation wird sich wohl nach aktueller Lage nicht so schnell verbessern, es werden eher noch mehr werden.

Denke ich an früher – ganz besonders an die Zeit der 30er Jahre und danach, dann war und ist es nach Aussagen von Überlebenden ein vielfaches schwieriger gewesen, wo sich Menschen für ihre Überzeugungen, für Menschlichkeit und Solidarität gegenüber der jüdischen Bevölkerung, Sinti und Roma und Regimegegnern im Allgemeinen einsetzen konnten – unzählige haben dafür bis heute sogar ihr Leben gelassen.



Solcher Herausforderungen müssen wir uns heute in ihrer ganzen Dramatik zum Glück nicht mehr stellen – auch wenn Ewiggestrige aktuell eine besondere Medienpräsenz erhalten. Dennoch werden wir auch im Landkreis LDS und ganz besonders auch in Königs Wusterhausen nachhaltige und intelligente Lösungen bzw. Anstrengungen benötigen, wo sich jeder – ob finanziell gut situiert oder für deutsche Verhältnisse arm, sich der gemeinsamen Verantwortung nicht entziehen kann.

Menschen in Not zu helfen, ist dabei keine Frage von parteipolitischen Überzeugungen – ob links oder rechts, es ist auch keine Frage von Religionen – ob Christ, Jude, Moslem, Hindu oder ohne Bekenntnis. Es ist auch keine Frage von jung oder alt, Mann oder Frau, arm oder reich - Menschen in Not zu helfen ist einzig und allein eine Frage der Menschlichkeit in seiner humanistischen Reinform. Wenn wir Menschen aufhören, Menschen in Not zu helfen, dann hören wir auf Mensch zu sein!

Lassen Sie uns daher, im Bewusstsein an unsere eigene deutsche Geschichte das Heute gemeinsam meistern und im Andenken - an unzählige Engagierte, die ihr ganzes Leben für eine bessere Zukunft eingebracht haben, eine Zukunft des friedlichen Gemeinwesen gestalten, wo zumindest in unserer Region jeder Mensch ein unwiderrufliches Recht und Schutz auf unversehrtes Leben, den Zugang zu ausreichend Wasser und Nahrung, angemessenen Wohnraum und uneingeschränkte Kommunikations- und Entfaltungsmöglichkeiten hat.

Vielen Dank für Ihr Interesse!